

Medienkonferenz zur Staatsrechnung 2007 des Kantons Basel-Landschaft

Mittwoch, 2. April 2008, 10.00 Uhr, FKD, Grosses Sitzungszimmer

Referat von Regierungsrat Adrian Ballmer

Begrüssung und Vorstellung der Teilnehmenden

Vielleicht haben Sie es bemerkt: Wir haben die Darstellung der Staatsrechnung 2007 gegenüber den Vorjahren verändert. Damit die Vorlage für den Hauptadressaten - den Landrat - übersichtlicher und transparenter ausfällt, wurden zusätzliche Grafiken und Tabellen sowie ein Glossar eingefügt. Zudem wurden die Textpassagen gestrafft und auf kommentierende Aussagen beschränkt. Soviel als kleine Vorbemerkung.

Der Abschluss der Staatsrechnung des Kantons Basel-Landschaft fällt - wie in den beiden Vorjahren - positiv aus. Und zwar schliesst die Laufende Rechnung für das Jahr 2007 mit einem Ertragsüberschuss von 22.5 Mio. CHF ab. Das ist deutlich besser als budgetiert (+ 31.5 Mio. CHF) und leicht mehr als im Vorjahr (+ 1.5 Mio. CHF). Der gute Rechnungsabschluss ist das Ergebnis der guten Konjunkturlage und der hohen Budgetdisziplin der Direktionen. Er ist aber auch Frucht einer stetigen Finanzpolitik. Unsere nachhaltige Finanzpolitik wollen wir auch für die kommenden Jahre sicherstellen.

A Was ist erfreulich an der Staatsrechnung 2007? (Folie 2)

1. Der **Ertragsüberschuss** in der Laufenden Rechnung in der Höhe von 22.5 Mio. CHF.
2. Die erneut gestiegenen **Investitionen im weiteren Sinn** in der Höhe von 257 Mio. CHF (Investitionen im weiteren Sinn = Bruttoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter).
3. Die mit 135.7 Mio. CHF gute **Selbstfinanzierung** (Selbstfinanzierung = Saldo Laufende Rechnung + Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen).
4. Der positive **Finanzierungssaldo** in der Höhe von 13.9 Mio. CHF (Finanzierungssaldo = Selbstfinanzierung - Nettoinvestitionen).
5. Der deutlich über dem Durchschnitt liegende **Selbstfinanzierungsgrad** von 111.5 Prozent (Selbstfinanzierungsgrad = $\frac{\text{Selbstfinanzierung}}{\text{Nettoinvestitionen}} \cdot 100$ / Wie viel der Nettoinvestitionen wird aus selbsterarbeiteten Mitteln finanziert?).
6. Das weiter angewachsene **Eigenkapital** (+ 22.5 Mio. CHF auf nun 208.1 Mio. CHF).
7. Die unveränderte **Staatsquote** und die gesunkene **Steuerquote**.
8. Die Reduktion der mittel- und langfristigen **Verschuldung** (-25 Mio. CHF auf 812 Mio. CHF).

1. Der Ertragsüberschuss (Folie 3)

Aufwand und Ertrag haben sich im Berichtsjahr gegenüber der Rechnung des Vorjahres praktisch im Gleichschritt entwickelt. Der gesamte Aufwand erhöhte sich um 64.8 Mio. CHF oder 2.4 Prozent auf 2.73 Mia. CHF. Der

gesamte Ertrag erhöhte sich um 66.3 Mio. CHF oder 2.5 Prozent und beträgt 2.75 Mia. CHF.

Die Abweichungen gegenüber dem Budget 2007 sind deutlicher ausgefallen als die Veränderungen gegenüber der Vorjahresrechnung. Der Aufwand liegt 107.7 Mio. CHF oder 4.1 Prozent über dem Budget, der Ertrag 139.3 Mio. CHF oder 5.3 Prozent.

Eine Reihe von **besonderen Faktoren** beeinflusste das Ergebnis der Staatsrechnung:

- Die Budgetunterschreitung beim **Personalaufwand** im Umfang von 17.5 Mio. CHF;
- Die Budgetunterschreitung durch geringere **Abgeltungen an Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs** infolge positiver Ertragsentwicklung und weniger Beiträge an Investitionen Dritter infolge Projektverzögerungen im Umfang von 17.9 Mio. CHF;
- Zusätzliche **Steuererträge** aus Vorjahren bei der Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- und Kapitalsteuer im Umfang von 23.9 Mio. CHF (insgesamt liegen die Erträge im Bereich Steuern um 81.1 Mio. CHF über den Erwartungen);
- Mehreinnahmen aus **Pflegetaxen und Erträgen aus medizinischen Leistungen** im Umfang von 20.9 Mio. CHF;
- Die Bildung von diversen **Rückstellungen** für Prozessrisiken, für die Behebung von Altlasten sowie für Zahlungsverpflichtungen an die IV in der Höhe von insgesamt 33.1 Mio. CHF;
- Die Einlage in den **Fonds "Neubau Kantonsspital Bruderholz"** in der Höhe von 25 Mio. CHF;

- Die Einlage in den **Fonds "Campus FHNW / Uni"** in der Höhe von 50 Mio. CHF.

Erlauben Sie mir zu den **Fondseinlagen** noch eine Bemerkung. Der gute Rechnungsabschluss erlaubt es auch im Berichtsjahr - Gott sei dank -, für zukünftige, sehr kostspielige Bauvorhaben, welche den üblichen Investitionsplafonds bei weitem sprengen, die aber massgeblich zu einer hohen Standortattraktivität beitragen, Reserven zu bilden. Für den Neubau des Kantonsspitals Bruderholz wird eine weitere Einlage im Umfang von 25 Mio. CHF getätigt; der Kapitalbestand des Bruderholz-Fonds beläuft sich damit per Ende 2007 auf 240 Mio. CHF (Rubrik 8040). Die Einlage in den Fonds untersteht dem fakultativen Finanzreferendum. Für den Bau eines Campus FHNW / Uni wird ebenfalls eine weitere Fondseinlage im Umfang von 50 Mio. CHF vorgenommen; der Kapitalbestand des Campus-Fonds beträgt damit per Ende 2007 100 Mio. CHF (Rubrik 8060). Die Schaffung des Campus-Fonds untersteht ebenfalls dem fakultativen Finanzreferendum. Die Beanspruchung dieser beiden Zweckvermögen mit dem Charakter von Vorfinanzierungen setzen einen entsprechenden Verpflichtungskredit des Landrates voraus.

2. Die Investitionen (Folie 4)

In der Investitionsrechnung werden bei den **Bruttoinvestitionen** das budgetierte Ausgabenvolumen um 27.4 Mio. CHF oder 11.1 Prozent und die budgetierten Einnahmen um 33.0 Mio. CHF oder 25.4 Prozent unterschritten. Die daraus resultierenden **Nettoinvestitionen** liegen um 5.6 Mio. CHF über dem Budget. Gegenüber der Rechnung 2006 nehmen die Nettoinvestitionen um 32.3 Mio. CHF zu. Die für die Wirtschaft und das

Gewerbe massgebenden **Investitionen im weiteren Sinn** (= Bruttoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter) sind im Jahr 2007 auf 257 Mio. CHF angestiegen (Vorjahr: 245 Mio. CHF); seit 2001, als sie noch 160 Mio. CHF betragen hatten, erhöhten sie sich jedes Jahr.

3. Die Selbstfinanzierung

Die Selbstfinanzierung (= Saldo Laufende Rechnung plus Abschreibungen Verwaltungsvermögen) fiel mit 135.7 Mio. CHF um 42.9 Mio. CHF besser aus als budgetiert, allerdings um 2.0 Mio. CHF tiefer als im Vorjahr. Die Selbstfinanzierung reichte im Jahr 2007 aus, um die Nettoinvestitionen vollständig aus eigener Kraft zu finanzieren.

4. Der Finanzierungssaldo (Folie 5)

Der Finanzierungssaldo (= Selbstfinanzierung abzüglich Nettoinvestitionen) weist im Berichtsjahr einen positiven Wert von 13.9 Mio. CHF auf; budgetiert war ein Wert von -23.3 Mio. CHF. Im Vorjahr lag der Finanzierungssaldo bei 48.3 Mio. CHF.

5. Der Selbstfinanzierungsgrad (Folie 6)

Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen (Selbstfinanzierung im Verhältnis zu Nettoinvestitionen) beläuft sich für das Jahr 2007 auf 111.5 Prozent und überschreitet damit den budgetierten Wert von 79.9 Prozent deutlich. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt jedoch tiefer als im Vorjahr (154.0 Prozent). Der empfohlene Wert, wonach im mehrjährigen Durchschnitt ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 75 Prozent erreicht werden soll, ist erfüllt.

6. Das Eigenkapital (Folie 7)

Das Eigenkapital erhöht sich mit der Rechnung 2007 um 22.5 Mio. CHF auf 208.1 Mio. CHF. Damit wird das Polster zur Abfederung von Defiziten in konjunkturell schlechten Phasen vergrössert. Solange sich Regierung und Parlament an den Verfassungsauftrag halten und den Finanzhaushalt mittelfristig ausgeglichen gestalten (§ 129 der Kantonsverfassung), wirkt die **Defizitbremse** - wie beabsichtigt - bloss präventiv!

7. Die Staatsquote und die Steuerquote (Folie 8)

Gegenüber dem Vorjahr bleibt die **Staatsquote** unverändert. Das heisst, dass die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons im Gleichschritt mit dem Volkseinkommen angestiegen sind.

Die **Steuerquote** sinkt in der Rechnung 2007 um 0.5 Prozentpunkte auf 8.8 Prozent. Das heisst, dass die Entwicklung der Steuereinnahmen des Kantons (exkl. Verkehrssteuern) schwächer verlaufen ist als das Wachstum des Volkseinkommens. In der Zeitreihe auf der **Folie 8** sind die Effekte der ausserordentlichen Steuererträge in den Jahren 2005 und 2006 sowie die Auswirkungen der Steuerreform 2007 deutlich erkennbar.

8. Mittel- und langfristige Schulden

Die mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten für den Finanzbedarf der allgemeinen Staatsverwaltung in Form von Staatsanleihen und Darlehen haben gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Ablösung einer Fälligkeit in der Höhe von 25 Mio. CHF abgenommen (Basler Lebensversicherungs-Gesellschaft, 1.72 %, 16.01.2003 - 16.01.2007). Sie betragen per Ende

2007 neu **812 Mio. CHF** (exkl. 160 Mio. CHF Dotationskapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank).

B Ein Blick auf die Investitionen und grösseren Vorhaben

In der **Investitionsrechnung** belaufen sich die **Bruttoinvestitionen** (Folie 9) auf 218.7 Mio. CHF. Sie unterschreiten damit das budgetierte Ausgabenvolumen von 246.1 Mio. CHF um 27.4 Mio. CHF oder 11.1 Prozent. Dies ist hauptsächlich auf die Minderausgaben im Bereich Tiefbau (J2 - Augst / Liestal: -22.8 Mio. CHF) zurückzuführen.

Die **Investitionseinnahmen** fallen mit 97.0 Mio. CHF um 33.0 Mio. CHF (25.4 Prozent) tiefer als budgetiert aus. Die budgetierten Investitionseinnahmen lagen bei 130.0 Mio. CHF. Den grössten Anteil an der Budgetabweichung stellen die budgetierten Bundesbeiträge für den Bau der H2 dar. Die Investitionseinnahmen liegen hingegen nur um 3.3 Mio. CHF unter dem Vorjahr mit 100.3 Mio. CHF. Die grössten Investitionseinnahmen im 2007 waren die Beiträge an die Umfahrung Sissach in der Höhe von 7.1 Mio. CHF, an die Erneuerung der Nationalstrassen im Umfang von 50.7 Mio. CHF sowie an die Veränderungen der Nationalstrassen von 21.6 Mio. CHF.

Die resultierenden **Nettoinvestitionen** (Folie 10) liegen mit 121.7 Mio. CHF um 5.6 Mio. CHF über dem Voranschlag. Gegenüber der Rechnung 2006 nehmen die Nettoinvestitionen um 32.3 Mio. CHF zu.

Insgesamt entfallen 157.1 Mio. CHF oder 71.8 Prozent der Investitionsausgaben auf den **Tiefbau** (Folie 11). Die betragsmässig bedeutendsten Vorhaben sind die Umfahrung Sissach mit 17.5 Mio. CHF, der Betrieb und Er-

halt der Hochleistungsstrassen mit 99.3 Mio. CHF, die Planung und Realisierung des kantonalen Strassennetzes mit 25.9 Mio. CHF und die H2 mit 8.2 Mio. CHF.

Der **Hochbau** beansprucht 29.8 Mio. CHF oder 13.6 Prozent der Bruttoinvestitionen. Davon flossen 6.5 Mio. CHF in den Ausbau des Staatsarchivs. 14 Mio. CHF wurden in den Umbau und die Sanierung der Mediothek des Gymnasiums Oberwil investiert. Eine weitere grosse Investition betrifft den Neubau des UKBB mit 4.2 Mio. CHF (BL 1/2-Anteil).

Der Anteil des Bereichs **Abwasser / Abfall** an den gesamten Investitionsausgaben beträgt 14.7 Mio. CHF oder 6.7 Prozent. Die grössten Vorhaben in diesem Bereich sind: der Ausbau der ARA Birs 2 mit 12.2 Mio. CHF und der Ausbau der ARA Liesberg mit 2.6 Mio. CHF.

In den Bereich **Spitäler / Heime** sind im Rechnungsjahr 5.6 Prozent der Investitionsausgaben oder 12.2 Mio. CHF geflossen. Davon entfällt mit 6.5 Mio. CHF der grösste Teil auf bauliche Investitionen in den Spitälern.

Auf **diverse Bereiche** wie zum Beispiel Rheinhäfen, Sicherheitsfunknetz Polycom etc. fallen gesamthaft 4.8 Mio. CHF (2.2 Prozent). Die Investitionsbeiträge für das kantonale Sportanlagenkonzept (KASAK) laufen analog dem Öffentlichen Verkehr seit 2006 über die Laufende Rechnung.

Für die **Gesamtbetrachtung der staatlichen Investitionstätigkeit** müssen die Beiträge an Investitionen Dritter mitberücksichtigt werden (Folie 12). Sie belaufen sich in der Rechnung 2007 insgesamt auf 38.6 Mio. CHF. Eine

Zusammenstellung der Beiträge an Investitionen Dritter für das Jahr 2007 präsentiert sich wie folgt:

Alters- und Pflegeheime	20.0 Mio.
Neubauprogramm Regio-S-Bahn	3.0 Mio.
Gleiserneuerungen Tramlinie 3	1.5 Mio.
Trassesanierung inkl. Landerwerb Linie 10	11.0 Mio.
KASAK II	1.7 Mio.
Diverse	1.4 Mio.

C Universität Basel: Das erste Jahr der gemeinsamen Trägerschaft

(Folie 13)

Am **11. März 2007** hat die Baselbieter Bevölkerung im Rahmen einer kantonalen Abstimmung den Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel mit einem Anteil von nahezu 85 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Der Staatsvertrag wurde rückwirkend auf den **1. Januar 2007** in Kraft gesetzt und hat einen erheblichen Einfluss auf den vorliegenden Abschluss der Staatsrechnung.

Gemäss Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel führen die Trägerkantone die Universität mit einem Leistungsauftrag. Den ersten Leistungsauftrag und den entsprechenden **Globalbeitrag** haben die Kantonsparlamente von Basel-Landschaft und Basel-Stadt Ende 2006 für die **Periode 2007 - 2009** genehmigt. Für das Jahr 2007 hat der Mitträger-Kanton Basel-Landschaft einen Globalbeitrag von 127.5 Mio. CHF entrichtet; zuzüglich eines zinslosen Darlehens mit à fonds perdu-Charakter in der Höhe von 30 Mio. CHF leisteten wir insgesamt **157.5 Mio. CHF** an

die Universität Basel. Übrigens der Universitätsvertrag vom 30. März 1994, der am **1. Januar 1996** in Kraft getreten war - bloss elf Jahre früher -, hatte den Universitätsbeitrag um 30 Mio. CHF auf **75 Mio. CHF** jährlich erhöht.

D Revision der Familienbesteuerung: Ausfälle bereits teilweise kompensiert

Auf das Steuerjahr 2007 hin - also per 1. Januar 2007 - haben wir die Familien im Rahmen einer Teilrevision des Steuergesetzes steuerlich entlastet. Wesentliche Elemente der entsprechenden Gesetzesrevision (LRV 2006 / 108) waren die Einführung eines Einheitstarifs mit so genanntem "Vollsplitting" für Ehepaare und Einelternfamilien, eine deutliche Erhöhung des Kinderabzugs unter gleichzeitiger Umwandlung in einen Abzug vom geschuldeten Steuerbetrag, die Einführung der Abzugsfähigkeit von Kinderdrittbetreuungskosten sowie eine Erhöhung des Versicherungsabzugs. Zugleich musste die Eigenmietwert-Besteuerung gemäss den bundesgerichtlichen Kriterien harmonisierungskonform ausgestaltet werden, d.h. die Eigenmietwerte wurden mit einem verfeinerten System auf 60 Prozent des Marktmietwertes angehoben. Der bisherige Mietkostenabzug musste ersatzlos aufgehoben werden. Mit der Einführung eines Abzugs für Rentnerinnen und Rentner mit tiefem Einkommen haben wir für diese Personengruppe eine weitgehende steuerliche Befreiung des Existenzminimums realisiert.

Insgesamt führte die Steuerreform zu einer Entlastung von Familien und Personen mit tiefen Einkommen von 40 Mio. CHF bei der Staatssteuer und 24 Mio. CHF bei den Gemeindesteuern. Dieser prognostizierte Ertragsausfall wurde dank der positiven konjunkturellen Entwicklung im

Berichtsjahr bereits teilweise kompensiert. Die Kompensation beträgt bei der Staatssteuer 11 Mio. CHF. Die zweite grosse Steuerreform - die Unternehmenssteuerreform - trat auf den 1. Januar 2008 in Kraft und beeinflusste somit die Rechnung 2007 noch nicht.

Das Wort hat nun Finanzverwalterin Yvonne Reichlin für die detaillierte Betrachtung der Staatsrechnung 2007.

Schlussbetrachtung

Ein alter finanzpolitischer Grundsatz sagt: "**Das** Steuern ist wichtiger als **die** Steuern." Diese Leitlinie haben wir uns im Baselbiet zu eigen gemacht. Wir streben nicht einen Platz unter den Top 5 der verschiedenen Steuerrankings an. Wir können und wollen nicht "Discounter"-Leistungen zu "Discounter"-Preisen anbieten. Bei unserem "Premium"-Leistungspaket streben wir bei den Preisen einen Platz im guten Mittelfeld an. So, glauben wir, im Wettbewerb der Standortqualitäten kompetitiv zu sein. Wichtig für unsere Standortqualität ist aber, dass wir unseren Staatshaushalt mit einer nachhaltigen Finanzpolitik langfristig im Gleichgewicht halten können.

Das dritte positive Betriebsergebnis der Staatsrechnung in Folge ist erfreulich. Die meisten Dummheiten machen öffentliche und private Haushalte in guten Zeiten. Positive Ergebnisse dürfen uns deshalb keineswegs dazu verleiten, die Aufgaben- und Ausgabendisziplin aufzuweichen. Wir wollen unsere solide und stetige Finanzpolitik fortsetzen, haushälterisch mit den Mitteln umgehen, Kostentreiber im Auge behalten und gezielt - produktiv - investieren. Unsere Ausgangslage ist gut. Der Staatshaushalt ist ausgeglichen, und für wichtige neue Aufgaben und Investitionen besteht begrenzter Handlungsspielraum. Diese gute Ausgangslage wollen und müssen wir uns und künftigen Generationen erhalten.

Es ist absehbar, dass sich die **Wirtschaftslage** bereits wieder abkühlen wird, verbunden mit einer entsprechenden Reduktion des Wachstums der Steuererträge. Gleichzeitig steht der Kanton Basel-Landschaft vor zahlreichen zukünftigen Herausforderungen von bedeutender finanzieller

Tragweite: Auf Bundesebene zeichnet sich ab, dass die **zweite Revision des Krankenversicherungsgesetzes** (KVG) für die Kantone grosse Mehrbelastungen bringen wird. Die Entwicklung des **NFA-Ressourcenindex** (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) ist eine weitere grosse Unbekannte.

Gemäss Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der **Universität Basel** werden Neuinvestitionen von den Kantonen grundsätzlich je zur Hälfte finanziert. Für den Life Sciences-Bereich befinden sich zwei Neubauten mit einem voraussichtlichen Brutto-Investitionsvolumen von 238 Mio. CHF (Schällemätteli) und 267 Mio. CHF (Volta) in der Planung (reine Baukosten exkl. Landanteil und exkl. Mobiliar); es werden dazu Bundessubventionen von 130 Mio. CHF erwartet ($238 + 267 = 505 / 505 - 130 = 375 / 375 : 2 = 187.5$). Zur Zeit werden die Grundlagen für die parlamentarischen Entscheide vorbereitet. Zudem entwickelt die Universität gemäss Leistungsauftrag und in Absprache mit den Trägerkantonen eine Immobiliengesamtstrategie. Der Aufwand für die allfällige Umsetzung kann zur Zeit noch nicht beziffert werden. Im Gesundheitsbereich benötigt die Erneuerung der kantonalen **Spitalinfrastrukturen** ebenfalls grosse finanzielle Mittel.

Die grossen Ausgaben in den Bereichen Bildung (wie Universität, FHNW, Sekundarschulbauten), Gesundheit und Verkehr lassen sich nur mit einem gesunden Staatshaushalt schultern. Gesund bleibt er nur, wenn der Aufwand nicht stärker wächst als die Erträge. Deshalb müssen wir einerseits die Notwendigkeit von Erlösminderungen wie auch andererseits

von Aufwandsteigerungen durch den Ausbau bestehender Aufgaben oder die Übernahme neuer Aufgaben hinterfragen. Wir müssen darauf achten, dass möglichst wenig gesetzlich "genagelte" Automatismen geschaffen werden (gebundene Ausgaben); denn diese Kostentreiber beschleunigen das Ausgabenwachstum, engen den Handlungsspielraum ein und erschweren die Priorisierung anderer Vorhaben. Wir müssen Aufwandwachstum - wo möglich - mit Effizienzsteigerung kompensieren; das bedeutet häufig Organisationsentwicklungs- und Informatikprojekte (wie zum Beispiel ERP Enterprise Resource Planning). Und hin und wieder sollte man in der Kantonsverfassung blättern: In § 129 Absatz 3 heisst es: *"Alle Aufgaben und Ausgaben sind vor der entsprechenden Beschlussfassung und in der Folge periodisch auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit sowie auf ihre finanziellen Auswirkungen **und deren Tragbarkeit** hin zu prüfen."*

Das dritte positive Betriebsergebnis der Staatsrechnung in Folge ist erfreulich, und unsere Ausgangslage ist gut. Aber es bedarf stetiger Anstrengungen von Parlament, Regierung und Verwaltung, dass unsere Ausgangslage mit dem "AAA"-Rating gut bleibt. Wir müssen einerseits das Notwendige in unsere Standortqualitäten investieren und andererseits uns "nach der Decke strecken".

Soviel zur Staatsrechnung 2007. Nun stehen wir Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.